




BERNSCHNEIDER: Cybermobbing ernst nehmen und Hilfsangebote besser strukturieren

BERNSCHNEIDER: Cybermobbing ernst nehmen und Hilfsangebote besser strukturieren
Zu den Ergebnissen der Studie, die vom Kölner Bündnis gegen Cybermobbing e.V. in Auftrag gegeben wurde, erklärt der jugendpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Florian BERNSCHNEIDER: Wir Liberale fordern seit langem, dass gerade die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen, aber auch Eltern, Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern verbessert werden muss. Die Feststellung der Studie, dass bis zu 60 Prozent der Pädagogen schon einmal mit Cybermobbing unter ihren Schülern konfrontiert waren und ein Informationsdefizit im Umgang mit diesem Phänomen einräumen, bestätigt uns darin. Die schwarz-gelbe Koalition hat mit mehreren Initiativen im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes im Internet auf die jüngeren Entwicklungen reagiert. So wurden im Rahmen des Dialoges Internet zahlreiche Vorschläge erarbeitet, die schließlich dazu geführt haben, dass eine eigene Homepage zum Thema Mobbing/Cybermobbing, das Zentrum für Kinderschutz im Internet (I-KIZ) sowie eine eigene Anlaufstelle für Internetsorgen beim Kinder- und Jugendtelefon der "Nummer gegen Kummer", die sich speziell an Kinder und Jugendliche richtet, eingerichtet wurden. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die Informations- und Hilfsangebote für Betroffene von Cybermobbing, Grooming und anderen Formen von Belästigung besser strukturiert und vor allem mehr als bisher bekannt gemacht werden müssen. Schließlich sollen sie Eltern und betroffene Kinder und Jugendliche auch erreichen. Deswegen haben wir Liberale wiederholt eine zentrale Anlaufstelle für Opfer von Cybermobbing gefordert.
FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de>


Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.